

Herausgeber:



Brigadier Dr. Walter FEICHTINGER

Leiter des Institutes für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) an der Landesverteidigungsakademie (LVAK); zahlreiche wissenschaftliche Publikationen in den Themenfeldern internationales Konfliktmanagement, neue Bedrohungsbilder, asymmetrische Kriegführung und der sicherheitspolitischen Entwicklung im Irak und Afghanistan.

Autor:



Mag. Gerald Hainzl

Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Afrika-Experte am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement; zahlreiche Veröffentlichungen zu Krisen und Konflikten in Afrika.

IFK aktuell

I/05 der Reihe Info-Aktuell zur Sicherheitspolitik

INSTITUT FÜR FRIEDENSSICHERUNG UND KONFLIKTMANAGEMENT
DER LANDESVERTEIDIGUNGSAKADEMIE WIEN



SUDAN

Zwischen KRIEG ...

Inhalt

- Seite 1
SUDAN – Zwischen Krieg und Frieden
- Seite 3
Der Nord-Süd-Konflikt
- Seite 6
Die Tragödie in Darfur
- Seite 10
Internationales Konfliktmanagement
- Seite 12
Zwischen Krieg ...
- Seite 12
... und Frieden?

Aus Copyright Gründen sind Fotos nur in der Hardcopy verfügbar

... und FRIEDEN



APRIL 2005

SUDAN – Zwischen Krieg und Frieden

Obwohl am 9. Jänner 2005 zwischen Nord- und Südsudan ein umfassendes Friedensabkommen unterzeichnet wurde, bleibt der Sudan in den internationalen Schlagzeilen. In diesem riesigen Land bestehen nämlich mehrere ungelöste Konflikte, die immer wieder in unterschiedlicher Intensität aufflammen. So ist der Konflikt in Darfur weit von einer friedlichen Lösung entfernt. Flüchtlingselend und Vertreibungen charakterisieren diese Auseinandersetzungen, die für die Afrikanische Union und die internationale Gemeinschaft politisch, militärisch und humanitär eine enorme Herausforderung darstellen. Aber auch in anderen Regionen regt sich Widerstand gegen die Regierung in Khartum. Es ist daher nicht zu erwarten, dass der Sudan in absehbarer Zeit zu einer Region des Friedens und der Stabilität werden wird.

Was aber sind die Gründe für die Konflikte? Können sie auf einige wenige Faktoren reduziert werden oder stellen sie einen „Gordischen Knoten“ dar, der nicht zu durchtrennen ist? Wer kämpft gegen wen und warum? Ist das internationale Engagement auf Interessenpolitik zu reduzieren und sind humanitäre Überlegungen lediglich der Deckmantel für Interventionen?

Das internationale Interesse im Sudan wird von mehreren Faktoren bestimmt. Dabei stehen der Kampf gegen den Terror und wirtschaftliche Interessen im Vordergrund. Ein instabiler Sudan ist nämlich ein ideales Rückzugsgebiet für radikale Gruppen, zumal das Gebiet des flächenmäßig größten Staates Afrikas kaum zu kontrollieren und überwachen ist. So lebte etwa der meistgesuchte Terrorist der Welt, Osama bin Laden, Mitte der 90er Jahre einige Zeit im Sudan, bevor er nach Afghanistan ging.

Im ökonomischen Bereich machen die großen Erdölvorkommen den Sudan besonders attraktiv. Seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens versuchen international tätige Unternehmen, ein Stück des Kuchens abzubekommen. Aber auch der Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur verspricht lukrative Geschäfte.

Frieden, wo und für wen?

Am 9. Jänner 2005 unterzeichneten Regierung und Southern People's Liberation Movement/Army (SPLM/A) einen umfassenden Friedensvertrag. Sie beendeten damit formal einen Bürgerkrieg, der seit 1983 über zwei Millionen Menschenleben gefordert hatte. Im selben Monat war der Sudan aber nicht nur in den internationalen Schlagzeilen, weil in der kenianischen Hauptstadt die Unterzeichnung des Friedensvertrages gefeiert wurde.

Beinahe gleichzeitig starben bei Luftangriffen der Streitkräfte in Darfur an einem Tag mehr als 100 Menschen, ebenso viele wurden bei Angriffen sogenannter Janjaweed und der Sudan Liberation Movement/Army (SLM/A) auf Dörfer getötet. Weiters kamen bei Zusammenstößen zwischen der Polizei und Aktivisten vom Volk der Beja in Port Sudan im selben Zeitraum mindestens 14 Menschen gewaltsam ums Leben.

Im Sudan wechseln einander gute und schlechte Nachrichten, Stabilität und Instabilität ab. Während sich die Lage im Südsudan seit Beginn der Friedensverhandlungen im Jahr 2002 in Richtung Normalität bewegt, geraten andere Regionen mehr und mehr aus den Fugen.

Die Wahrnehmung der Konflikte im Westen

Die Darstellung der Konflikte folgt meist Vorurteilen, die bereits im 18. und 19. Jahrhundert geschaffen worden waren (Stichwort: Mahdi-Aufstand bei Karl May) und immer noch fortwirken. Eine tatsächliche Auseinandersetzung mit den Realitäten in der Region erfolgt kaum. Im Wesentlichen werden dabei zwei große und sehr komplexe Konflikte angesprochen, der Kampf des Südsudan gegen die Zentralregierung in Khartum und die Kampfhandlungen in Darfur.

Der Konflikt im Südsudan wird als religiöse Auseinandersetzung dargestellt, in der Muslime gegen Christen und Einwohner, die sich zu einer afrikanischen Religion bekennen, kämpfen. Regionale Machtverhältnisse, ethnische und historische Zusammenhänge sowie politische Interessen externer Akteure werden dabei zumeist vernachlässigt. Die wirtschaftliche Bedeutung des Erdöls wird allerdings von allen Kommentatoren ausnahmslos anerkannt. Ebenso wäre es aber falsch, den Konflikt auf einen bloßen Umverteilungskampf zu reduzieren.

Basisdaten Sudan

Name: Republik Sudan (Jumhuriya al-Sudan)
 Größe: 2.505.805 km²
 Bevölkerung: 34,3 Millionen
 Sprachen: Arabisch, afrikanische Sprachen
 Religion: 70% Muslime, 20% afrikanische Religionen, 10% Christen
 Staatsüberhaupt und Regierungschef: Omar Hassan Ahmad Al Bashir
 Unabhängigkeit: 1. Jänner 1956
 Lebenserwartung: 54 Jahre (Männer), 57 Jahre (Frauen)
 Hauptexportgüter: Öl, Baumwolle, Sesam, Rinder, Gummi
 Arabicum
 BIP pro Kopf (2002, Kaufkraft auf Dollarbasis): 1.820
 Wirtschaftswachstum: 6,5% (2004)



Die Erklärung der Situation in Darfur wird ebenfalls den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht. Da alle Bewohner Darfurs Muslime sind und es daher keine religiösen Unterschiede zwischen den Janjaweed und den Hauptprotagonisten des Sudan Liberation Movement/Army (SLM/A) sowie des Justice and Equality Movement (JEM) gibt, wird ein ethnischer Gegensatz bemüht: Demzufolge wäre der Konflikt in Darfur ein Kampf der hellhäutigen arabischstämmigen Janjaweed aus dem Nordsudan gegen dunkelhäutige Afrikaner. Eine Darstellung, die viel zu kurz greift.

Sudan - Land von Gegensätzen und Spannungen

Der Sudan ist mit einer Ausdehnung von 2.505.805 km², das entspricht knapp 30 Mal der Fläche Österreichs, der flächenmäßig größte Staat Afrikas. Laut Angaben des Summer Institute of Linguistics werden 134 Sprachen gesprochen, der Großteil davon südlich des 13. Breitengrades. Alleine die Größe des Sudan sowie die religiöse, kulturelle und ethnische Vielfalt seiner Bewohner bergen ausreichend Potential für Konflikte. Darüber hinaus tragen spezifische regionale Faktoren zu Spannungen und zur Unübersichtlichkeit der Konflikte bei.

Der Nord-Süd-Konflikt

Die Auseinandersetzungen zwischen der Zentralregierung in Khartum und Gruppierungen im Süden begann bereits kurz nach der Unabhängigkeit 1956. Verschiedene Gruppen mit unterschiedlichen ethnischen, kulturellen, religiösen und politischen Hintergründen verfolgten dabei ein gemeinsames Ziel: einen unabhängigen Staat im Südsudan. Allerdings hatte und hat jede dieser Gruppen eine völlig unterschiedliche Vorstellung von „Südsudan“. Der Konflikt wird von vielen Faktoren geprägt. So wirken die ägyptische sowie britische Kolonisation im politischen Denken auf lokaler Ebene noch deutlich nach. Zu erwähnen ist auch die internationale Politik zur Zeit des Kalten Krieges, die durch wechselseitige Unterstützung und Waffenlieferungen zur Eskalation wesentlich beitrug. Aber auch die interessensbedingte Einmischung regionaler Mächte sowie ethnische Animositäten und nicht zuletzt ökonomische Begehrlichkeiten (vor allem der Zugriff auf das Erdöl) trugen dazu bei, den Konflikt seit der Unabhängigkeit permanent in verschiedener Intensität aufrecht zu erhalten. Vor diesem Hintergrund wurde der sudanesishe Nord-Süd-Konflikt zu einem der längsten Bürgerkriege nach der politischen Dekolonisierung.

Sudan unter ägyptischer und britischer Herrschaft

Vor der ägyptischen Invasion von 1821 existierten auf dem Gebiet des Südsudan mehrere Königreiche und andere Formen politischer Organisation. Der Südsudan war als politische Einheit an sich nicht existent. Daran änderte sich auch unter der ägyptischen Herrschaft wenig. Der Südsudan war die Quelle von Rohstoffen wie Gold, Elfenbein und Nutzholz, aber auch Sklaven. Volle Souveränität über das Gebiet konnte aber nie hergestellt werden, es war vermutlich auch nicht beabsichtigt. Ebenso wenig gelang es dem nachfolgenden Mahdi-Staat, eine umfassende Kontrolle über den Südsudan auszuüben.

Das koloniale Großbritannien (1883 bis 1956) schuf für Nord- und Südsudan sogar voneinander völlig getrennte Administrationen und führte Dokumente ein, die für Reisen in den jeweils anderen Teil des Landes notwendig waren. Dies verstärkte die Zweiteilung des Landes in erheblichem Maße.

Der Kampf um Einfluss und Unabhängigkeit

1956 wurden beide Landesteile als gemeinsamer Staat in die Unabhängigkeit entlassen. Viele Südsudanesen fühlten sich jedoch durch den Norden benachteiligt und an den Rand gedrängt. Sie schlossen sich Anfang der 60er Jahre

zusammen und kämpften unter dem Namen Anya Nya (Schlangengift) von 1963 bis 1972 gegen die Regierung in Khartum und die von ihnen empfundene Dominanz des Nordens. Nach einem Putsch der sudanesischen Streitkräfte konnte der äthiopische Kaiser Haile Selassie einen Friedensschluss vermitteln.

Dem Süden wurde eine Autonomieregelung zugestanden, die allerdings keine wirkliche politische und ökonomische Gleichberechtigung brachte. Zwar konnte sich der Süden wirtschaftlich ein wenig erholen und auch von Entwicklungsprojekten profitieren, eine gleichberechtigte Mitwirkung in den staatlichen Einrichtungen war de facto jedoch nicht gegeben. Noch in den 70er Jahren begann sich daher das Klima zwischen Nord- und Südsudan wieder zu verschlechtern.

Für das Wiederaufflammen des Konfliktes im Jahr 1983

Sudan als Wirtschaftsraum

Die tatsächlichen und potentiellen Investoren im Sudan reichen von China bis zu den USA. China ist bereits seit Mitte der 90er Jahre im Sudan aktiv und hat bis ca. vier Milliarden US-\$ investiert. Die Projekte reichen vom Brückenbau über den Kraftwerksbau bis zur Ölproduktion, die zweifellos den Mittelpunkt des chinesischen Interesses bildet. Und diese Investitionen scheinen sich zu rechnen. Seit der Sudan 1999 in den Rang eines Erdöl exportierenden Staates aufstieg, konnte die Produktion stetig gesteigert werden. Und die China National Petroleum Corporation (CNPC) mischt kräftig mit. Die 1.506 km lange Pipeline von den Fördergebieten zum Hafen Port Sudan wurde von der CNPC gebaut. Sechs Förderblöcke gehören der CNPC, darunter jene beiden, die gegenwärtig betrieben werden. Sechs Millionen metrische Tonnen werden von China derzeit pro Jahr importiert.

Die nachgewiesenen Ölreserven des Sudan werden mit 563 Millionen Barrel angegeben, mehr als doppelt soviel wie noch 2001. Da die Erdölsuche durch die Kriege auf wenige Regionen beschränkt war, geht das sudanesishe Energieministerium von bis zu fünf Milliarden Barrel Rohöl aus. Die Ölproduktion wurde nach Fertigstellung der Pipeline ab 1999 ständig gesteigert. 2004 wurden durchschnittlich noch 343.000 Barrel pro Tag gefördert, die Produktion soll 2005 auf 500.000 und 2006 auf 750.000 ansteigen.

Neben der sudanesischen Firma Sudapet sind vor allem Firmen aus Asien wie China National Petroleum Corporation (CNPC, China), Petronas (Malaysia) und ONGC Videsh (Indien) im Sudan aktiv.

Nach der Unterzeichnung des Umfassenden Friedensvertrages erneuerten Total SA (Frankreich), Marathon Oil Corporation und die Kuwait Foreign Petroleum Company ihre Förderrechte im Südsudan.

(Quelle: Energy Information Administration, <http://www.eia.doe.gov/emeu/cabs/sudan.html>)

können vorwiegend zwei Gründe genannt werden, deren Ursprünge sowohl in wirtschaftlichen als auch in politischen Fragen zu finden sind. Im Südsudan wurden 1978 große Erdölvorkommen entdeckt. Nach dem Entscheid der Regierung wurde eine Raffinerie allerdings im Norden des Landes errichtet. Dadurch wurden Befürchtungen der Menschen im Süden verstärkt, vom erwartbaren Wohlstand ausgeschlossen zu werden. Eine Änderung der sudanesischen Rechtsordnung sollte 1983 zu einer Islamisierung des Rechtssystems im gesamten Sudan führen. Gleichzeitig wurde die Autonomie für den

Nachdem 1989 die demokratische Regierung in Khartum gestürzt worden war, übernahmen Offiziere die Macht, die der radikalen National Islamic Front (NIF) nahe standen. Friedensverhandlungen waren damit außer Reichweite gerückt. Die neuen Machthaber wollten nicht verhandeln, sie wollten ihre Gegner im Süden „vernichten“ und riefen 1992 einen „Heiligen Krieg“ aus. Sie stellten mit den Popular Defence Forces (PDF) eine eigene Freiwilligenmiliz auf und rüsteten zusätzlich Hilfsmilizen (Murahalin) mit Waffen aus.

Für die SPLM/A waren die 90er Jahre durch viele Schwierigkeiten gekennzeichnet. Mit dem Sturz von Mengistu Haile Mariam in Äthiopien verlor sie ihr Rückzugsgebiet, durch das Ende des Kalten Krieges blieb auch die externe Unterstützung aus. Die SPLM/A verlor sich in internen Machtkämpfen, die zu Abspaltungen und blutigen Auseinandersetzungen führten. Die Regierung konnte diese durch die Uneinigkeit hervorgerufene Schwäche geschickt nutzen, die SPLM/A nachhaltig schädigen und viele wichtige Städte zurückerobern.

Aus Copyright Gründen sind Fotos nur in der Hardcopy verfügbar

Vizepräsident Ali Osman Taha und John Garang nach der feierlichen Unterzeichnung des Friedensabkommens am 9. Jänner 2005

Süden außer Kraft gesetzt. Die Menschen im Südsudan sahen damit zentrale Werte ihrer religiösen und kulturellen Identität gefährdet und setzten sich mit Waffengewalt zur Wehr. Unter der Führung von Oberst John Garang formierte sich die Southern People's Liberation Movement/Army (SPLM/A).

Der Kalte Krieg wirkte damals natürlich auch im Sudan. Während der Norden, also die Regierung in Khartum, vom Westen unterstützt wurde, engagierte sich die Sowjetunion im Süden. Die Folgen davon sind heute noch in der gesamten Region bemerkbar. Als wesentliches „Erbe“ dieser Zeit sind Kleinwaffen, die damals in großer Zahl an die Konfliktparteien geliefert worden waren, in den Konfliktregionen im Sudan heute noch weit verbreitet. Aufgrund ihrer Kampferrfolge konnte die SPLM/A bald von ihrer Guerillataktik abgehen und Garnisonsstädte und Posten der Streitkräfte offen angreifen. Mit den Erfolgen wuchs auch die Anzahl der Personen, die in die SPLM/A eintraten. Der personelle Höhepunkt war Anfang der 90er Jahre mit bis zu 60.000 Mann erreicht.

Der Weg zum Frieden

Die erste Friedensinitiative ging 1993 von den Nachbarstaaten aus, die ein vitales Interesse daran hatten, die Auseinandersetzung zu beenden, weil der Bürgerkrieg die Stabilität der gesamten Region gefährdete. Die Bemühungen der in der Inter-Governmental Authority on Drought and Development (IGADD, heute Inter-Governmental Authority on Development/IGAD) zusammen-geschlossenen Staaten waren allerdings nicht erfolgreich. Ebenso wenig konnten Libyen, Nigeria und

Die Verträge zwischen Regierung und SPLM/A

- 20. Juli 2002 Abkommen von Machakos
- 25. September 2003 Abkommen von Naivasha
- 7. Jänner 2004 Abkommen über die Ressourcenverteilung während der Übergangsperiode
- 26. Mai 2004 Abkommen über die Machtteilung
- 26. Mai 2004 Abkommen über Abyei, Nuba Mountains und Blue Nile
- 31. Dezember 2004 Waffenstillstands- und Umsetzungsprotokolle
- 9. Jänner 2005 Umfassendes Friedensabkommen

Ägypten eine Konfliktbeilegung bewirken. Erst der Druck der USA ermöglichte ab 2002 Friedensverhandlungen, die mit dem Abkommen von Machakos (Kenia) begannen und zu einem umfassenden Friedensvertrag führten.

Der Friedensvertrag als Anfang eines vereinten Sudan?

Die Unterzeichnung eines umfassenden Friedensvertrages am 9. Jänner 2005 in Kenia war der Schlusspunkt einer Reihe von Verträgen zwischen Regierung und SPLM/A. Der Vertrag bedeutet zwar einen wichtigen Schritt in Richtung Normalisierung, darf aber keinesfalls das Ende der Friedensbemühungen sein. Die Zielsetzung eines friedlichen Zusammenlebens lässt allerdings die Hoffnung aufkommen, dass bei genügend inter-nationaler Unterstützung zumindest militärische Auseinandersetzungen der Vergangenheit angehören werden. Viel wichtiger als der Friedensvertrag selbst ist jedoch der Prozess, der seit dem Abkommen von Machakos (20. Juli 2002) kontinuierlich an Dynamik gewonnen und mit der Unterzeichnung sicherlich einen Höhepunkt erreicht hat. Allerdings dürfen sich weder die Konfliktparteien noch die Vermittler damit begnügen. Denn die eigentliche Arbeit beginnt erfahrungsgemäß erst mit dem Zeitpunkt der Umsetzung eines Abkommens. Dies wird weiterhin eines starken Willens aller Beteiligten bedürfen, um beim Auftauchen von Problemen das reflexartige Zurückziehen auf gegenteilige Machtpositionen zu vermeiden. Zwei Faktoren werden dafür ganz entscheidend sein:

- Die Intention Khartums, die Südsudanesen tatsächlich in die staatliche Organisation und Verwaltung einzubinden;
- und die Bereitschaft des Südsudan, an der Gestaltung des gemeinsamen Staates mitzuwirken und nicht a priori die Abspaltung der Region zu betreiben.

Die Eckpunkte des Friedensvertrages betreffen die Streitkräfte, Fragen der Autonomie des Südsudan, die Verteilung der Einnahmen aus dem Erdölverkauf, allgemeine wirtschaftliche Angelegenheiten sowie Administration und Rechtsprechung. Ein permanenter Waffenstillstand wird als Grundlage für die Umsetzung der Ziele angesehen.

Während die Regierung innerhalb von zweieinhalb Jahren 91.000 Soldaten aus dem Süden abziehen soll, wird die SPLM/A ihre Einheiten im Norden im Zeitraum von acht Monaten rückverlegen. Allerdings sollen als mögliche Basis für künftige gemeinsame Streitkräfte 21.000 Soldaten (jeweils die Hälfte von Regierung und SPLM/A) in Gemeinsame Integrierte Einheiten (Joint Integrated

Units) zusammengefasst werden. Ihre Aufgabe wird es sein, in umstrittenen Gebieten wie Abyei, Blue Nile sowie in den Nuba Mountains gemeinsam Dienst zu versehen; die Führungsstrukturen bleiben aber getrennt.

Nach sechs Jahren, also im Jahr 2011, werden die bis dahin autonomen Südsudanesen in einem Referendum bestimmen, ob sie weiterhin beim Sudan verbleiben oder sich als eigener Staat abspalten wollen. Falls der Süden nach dieser Übergangsperiode sich nicht vom Sudan löst, werden die 21.000 Mann der Gemeinsamen Integrierten Einheiten den Kern künftiger gemeinsamer Streitkräfte bilden.

»Die Helden und Märtyrer sind nicht sinnlos gestorben. Der Kampf hat zur Geburt des Neuen Sudan geführt, der Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechte gewährleisten wird.«

John Garang, Kommandant der SPLM/A, wirbt für das Friedensabkommen

Aber nicht nur Fragen der militärischen Zusammenarbeit werden geregelt, sondern auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bis 2011. Die Einnahmen aus dem Verkauf von Erdöl werden 50:50 zwischen Khartum und der SPLM/A aufgeteilt. Eine gemeinsame Währung wird es allerdings nicht geben. Der Norden wird weiterhin das sudanesishe Pfund behalten, der Süden hingegen den sudanesischen Dinar.

Es soll eine Regierung der nationalen Einheit gebildet werden, der John Garang von der SPLM/A als Vizepräsident angehört, während Omar Hassan Al-Bashir weiterhin als Präsident fungiert. Die Aufteilung der Posten erfolgt im Verhältnis 70:30 zugunsten der bisherigen Regierung, während in den Gebieten Abyei, Blue Nile und Nuba Mountains der Schlüssel 55:45 beträgt.

Ein wichtiger Verhandlungspunkt für beide Seiten betraf die Rechtsprechung. Für den Süden war die Einführung der Scharia (islamisches Rechtssystem) unannehmbar. Der Friedensvertrag sieht daher vor, dass die Scharia nur im Norden und nicht für Angehörige anderer Religionen zur Anwendung kommt. Die Entscheidung über die Rechtsprechung in der Hauptstadt Khartum wurde aufgeschoben und soll von einer gewählten Nationalversammlung getroffen werden.

Konfliktpotenzial innerhalb des Südsudan

Die politischen Kräfte im Süden des Sudan sind jedoch nicht so geeint wie dies auf den ersten Blick scheinen mag. Kritische Stimmen warnen bereits vor einem Süd-Süd-Konflikt und tatsächlich bezog sich eine der ersten öffentlichen Äußerungen John Garangs nach

Unterzeichnung des Friedensvertrages auf genau diese Gefahr. Er forderte einen raschen und umfassenden Süd-Süd-Dialog, um künftige Auseinandersetzungen im Südsudan zu vermeiden.

Der Südsudan ist alles andere als ein ethnisch und politisch homogenes Gebilde. Abspaltungen von der SPLM/A und das Auftreten verschiedener Gruppierungen im südlichen Landesteil weisen auf die Zerbrechlichkeit des Friedens im Süden hin. Politisch dominieren die drei großen Völker der Dinka, Schilluk und Nuer, während kleinere ethnische Gruppen nur eine untergeordnete Rolle spielen. Machtkämpfe innerhalb der SPLM/A lassen sich meist an Auseinandersetzungen genau entlang dieser ethnischen Grenzen festmachen. Die SPLM/A Torit Fraktion unter der Führung von John Garang, einem Dinka, ist auf nationale Versöhnung ausgerichtet und will den Sudan als Gesamtstaat erhalten. Die SPLM/A Nasir Fraktion von Riek Machar verhält sich dagegen separatistisch und will einen unabhängigen Südsudan. Diese Gegensätze waren auch in den Friedensverhandlungen bemerkbar. So wäre ein Verhandlungsergebnis, das die Möglichkeit eines Referendums über die Unabhängigkeit des Südsudan nicht festgelegt hätte, schlichtweg unmöglich gewesen. Zu Kriegszeiten konnte die Regierung in Khartum diese unterschiedlichen Vorstellungen geschickt nutzen und durch gezielte Unterstützung der einen oder anderen Gruppe Zwietracht sähen und die SPLM/A dadurch schwächen.

Bis zur Festlegung, wer welche Positionen in der neuen Übergangsregierung innehaben wird, scheint die Einheit der SPLM/A nicht gefährdet. Aber mit dem Zeitpunkt der Verteilung von Posten in Administration und Regierung werden Auseinandersetzungen nicht auf sich warten lassen. Die Gefahr, dass Machtkämpfe gewaltsam ausgetragen werden und blutige Konflikte im Südsudan folgen könnten, ist nicht von der Hand zu weisen. In der Region sind durch den Krieg gegen den Norden genügend Waffen vorhanden. Wenn sich also irgendeine Gruppe stark benachteiligt fühlt, bestehen die materiellen Voraussetzungen, die politischen Ziele auch gewaltsam zu verfolgen.

Die Tragödie in Darfur

Bereits 180.000 Tote durch Krankheit und Hunger

Darfur, eine Region im Westen des Sudan und so groß wie Frankreich, hatte in den letzten Monaten wohl die höchste mediale Aufmerksamkeit. Die Situation ist in dieser Region schon seit Jahren sehr angespannt. Der Konflikt,

der bereits ab Februar 2003 zu eskalieren begann, wurde von der internationalen Öffentlichkeit aber erst mit Anfang 2004 wahrgenommen. Während der letzten 18 Monate (Stand März 2005) sollen laut Jan Egeland (UN Emergency Relief Coordinator) pro Monat ca. 10.000 Menschen, bisher insgesamt 180.000 allein infolge von Krankheiten und Mangelernährung umgekommen sein. Die bisherige Zahl von insgesamt 70.000 Toten wurde damit drastisch nach oben korrigiert. Jene Opfer, die im Rahmen von Kampfhandlungen gestorben sind, sind in

»Ein Janjaweed ist ein Janjaweed, wenn er auf dem Rücken seines Pferdes sitzt und eine Waffe hat. Aber wenn er in sein Dorf zurückkommt und sein Gewehr versteckt, unterscheidet er sich nicht von allen anderen.«

Osman Mirghani, Kolumnist der sudanesischen Zeitung Al Rayaam

dieser Zahl nicht inkludiert und werden mit noch einmal 50.000 Personen angenommen. Weiters wird vermutet, dass bis zu zwei Millionen Menschen in der Region zu Flüchtlingen wurden und in Lagern leben. 200.000 davon werden im Nachbarland Tschad humanitär versorgt. Auch die internationalen Helfer werden bedroht, weshalb viele Organisationen ihre Arbeit bereits eingestellt haben oder ernsthaft überlegen, abzuziehen.

Die Vereinten Nationen und internationale Hilfsorganisationen haben unabhängig voneinander festgestellt, dass die Regierung und die von ihr unterstützten Janjaweed die ansässige Bevölkerung systematisch vertrieben haben. Gezielte Gewalt gegen die Bevölkerung dient dabei als Mittel, um die Nachhaltigkeit der Vertreibungen zu garantieren, während sexuelle Gewalt gegen Frauen die Zerstörung sozialer Bindungen zur Absicht hat. Ein Vertreter der sudanesischen Regierung stellte dazu lapidar fest, dass sich die Definitionen von Vergewaltigung im Sudan und in der westlichen Welt eben voneinander unterscheiden. Er versuchte damit, die Übergriffe auf die Zivilbevölkerung mehr oder weniger politisch zu legitimieren.

Die genannten Zahlen und Übergriffe rufen aber auch Skepsis und Kritik hervor. Von manchen Beobachtern werden die Angaben von UNO und Hilfsorganisationen für viel zu hoch gehalten. Andere Beispiele aus der Vergangenheit sollen dabei belegen, dass in der „heißen“ Phase von Konflikten internationale Hilfsorganisationen zu Übertreibungen neigen, um dadurch rascher und mehr finanzielle Mittel zu erhalten. Aber auch Staaten oder internationale Organisationen sind manchmal versucht,

durch Übertreibungen maßgebliche Akteure zum Handeln zu bewegen oder eine Basis für Interventionen zu schaffen. Hinterfragt wird im Konkreten nicht nur die Zahl der Verstorbenen, sondern auch Aussagen über Vergewaltigungen, die aufgrund der Tabuisierung innerhalb der Gesellschaft für manche Experten höchst unglaublich klingen. Somit steht auch im Fall Darfur die internationale Gemeinschaft vor dem Problem, über keine ausreichend gesicherten Informationen und Daten zu verfügen. Dies kann aber keinesfalls über die Tatsache umfangreicher und weitreichender Menschenrechtsverletzungen hinwegtäuschen.

Hintergründe und Wurzeln des Konfliktes

Die Darstellung in westlichen Medien wird den Ereignissen in der Region nur ansatzweise gerecht. Der Grundtenor,

dass hellhäutige (arabische/arabisierte) Muslime dunkelhäutige (afrikanische) Muslime vertreiben, ist eine westliche/europäische Vorstellung. Innerhalb der sudanesischen Gesellschaft wird dagegen zwischen den

»Wir sind Kamelhirten und wir hatten immer Waffen, um uns selbst zu verteidigen.«

Juma Dagalow Musa, „arabischer“ Führer in Darfur

Menschen viel feiner differenziert. Allerdings dient diese Differenzierung auch der Schaffung von Zugehörigkeiten, die im Konflikt gezielt eingesetzt werden kann.

Diese Vereinfachungen, dass nämlich Unterschiede in der Hautfarbe ein maßgeblicher Grund für die Konflikte sind, trägt wenig zum Verständnis der Auseinandersetzungen bei, sondern banalisiert eine an sich sehr komplexe Situation.

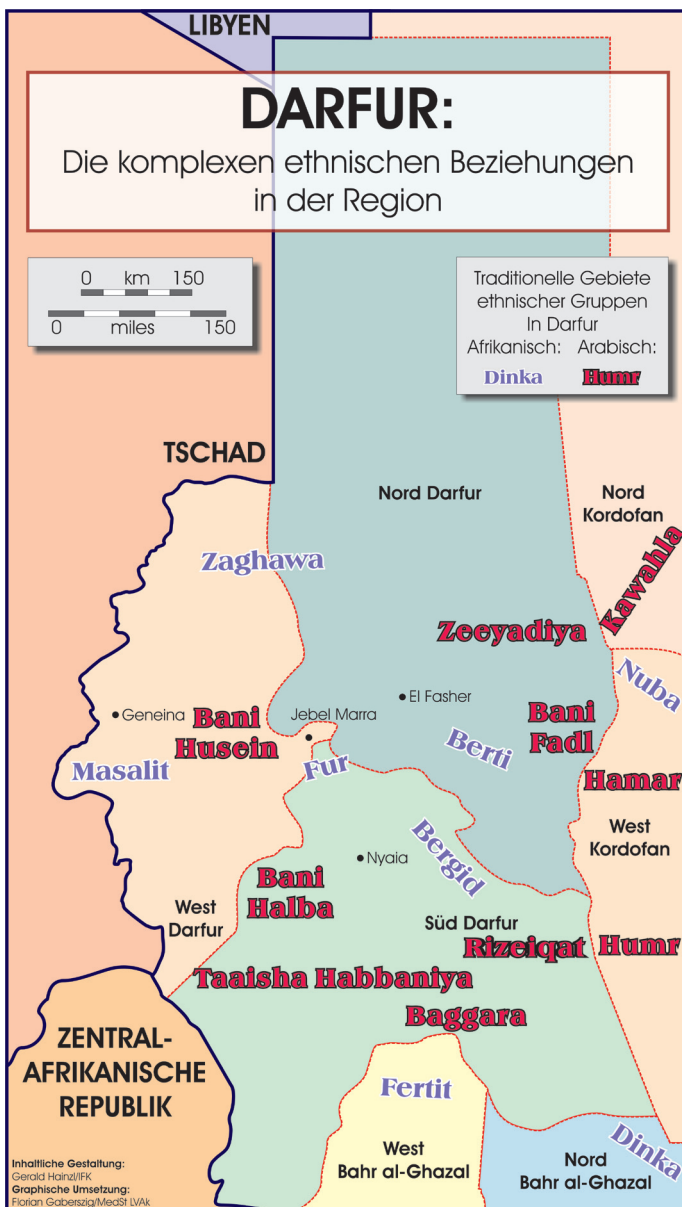
Die eigentlichen Gründe für die Vielzahl lokaler Konflikte, die ein großes Ganzes bilden, werden dabei völlig vernachlässigt.

Streit um Land als Auslöser der Kämpfe

Wie sehr oft in Afrika begannen auch die Auseinandersetzungen im Westen des Sudan als Streitigkeiten um Land. Lange Zeit konnten jedoch lokale und regionale Konfliktlösungsmechanismen greifen. Die Situation verschärfte sich allerdings im Zusammenhang mit einer nachhaltigen ökologischen Krise zusehends. Durch die Ausdehnung der Sahelzone Richtung Süden und der damit verbundenen Verwüstung waren nämlich Rinder züchtende Nomaden gezwungen, mit ihren Herden weiter in den Süden zu ziehen. Diese Gebiete wurden allerdings bereits von Bodenbauern und anderen Viehzüchtern bewohnt und landwirtschaftlich genutzt. Klimatische Veränderungen, die mehrere Dürreperioden hervorgerufen haben, verstärkten die Spannungen zwischen den Gruppen zusätzlich. Die gewaltsame Entladung war somit nur eine Frage der Zeit.

Historische Aspekte und Nachwirkungen

Historische Faktoren werden in der Darstellung des Darfur-Konfliktes kaum angesprochen, spielen aber eine wesentliche Rolle im Selbstverständnis der lokalen Eliten. Darfur war in unterschiedlichen historischen Perioden ein souveräner Staat, der zwar von 1885 bis 1898 unter der Herrschaft des mahdistischen Sudan stand, seine Souveränität allerdings wiedererlangen konnte. Erst die





Aus Copyright Gründen sind Fotos nur in der Hardcopy verfügbar

Der Konflikt machte bereits zwei Millionen zu Flüchtlingen. 180.000 sind laut UN-Schätzungen bereits an Hunger und Krankheiten gestorben

britische Kolonialherrschaft konnte 1916 das Sultanat Darfur endgültig einverleiben. Die Bevölkerung wurde allerdings nie wirklich in den Staat integriert bzw. fühlte sich immer mehr an den Rand gedrängt. Die Kolonialverwaltung in der Hauptstadt Khartum hatte nur wenig Interesse, die Völker weit entfernter Regionen in das Staatswesen einzubinden. Diese Politik setzte sich nach der Unabhängigkeit in verstärkter Weise fort. Aus diesem Grund wurde die Regierung immer mehr zum Feindbild verschiedener Gruppierungen in Darfur. Diese machen Khartum für alle negativen Ereignisse und Entwicklungen verantwortlich und sehen in der Regierung die Wurzel allen Übels.

Die nicht Arabisch sprechende Bevölkerung fühlt sich diskriminiert

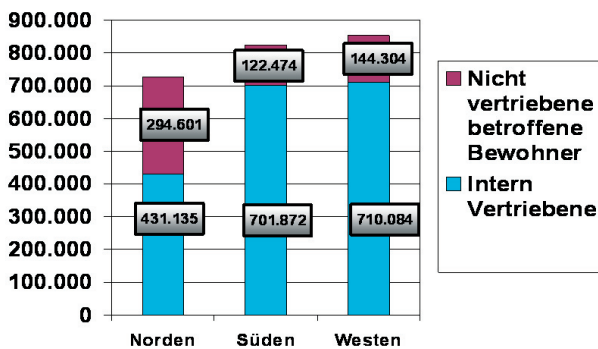
In der staatlichen Verwaltung des Sudan fühlen sich Menschen nicht-arabischer Muttersprache diskriminiert, da die Bildungs- und Verwaltungssprache Arabisch ist. Im Gegensatz zu den Bewohnern des Zentralsudan wird in Darfur Arabisch zwar als zweite Sprache gesprochen, aber eher als Fremdsprache wahrgenommen. Der Zugang zum Spracherwerb, der für höhere Funktionen im Staat notwendig ist, bleibt nur einer relativ kleinen privilegierten Gruppe vorbehalten. Schlechte Arabischkenntnisse zeugen daher von einem niedrigen sozialen Status, wovon

Menschen in peripheren Räumen (Darfur, Südsudan, etc) besonders betroffen sind. Wer aber nicht oder schlecht Arabisch spricht hat praktisch keine Karrieremöglichkeiten im öffentlichen Bereich. Neben der staatlichen Verwaltung ist das auch bei den Streitkräften eindeutig erkennbar. So wird der prozentuelle Anteil an Soldaten aus Darfur in den höheren Rängen nicht reflektiert. Offiziere werden zu einem hohen Prozentsatz aus den zentralen Gebieten des Sudan rekrutiert. Dass dabei nicht nur sprachliche, sondern auch ethnische Zugehörigkeit eine wichtige Rolle spielt, ist offensichtlich. Die komplexen Identitätskonstruktionen lassen Menschen, die nicht den gängigen Vorstellungen der Mehrheit entsprechen, jene Vertrauenswürdigkeit fehlen, die für eine gleichberechtigte Einbindung notwendig wäre.

Der Konflikt beginnt zu eskalieren

Mitte der 80er Jahre wurden regierungsloyale arabische Gruppen von der sudanesischen Regierung bewaffnet, um sie im Kampf gegen die SPLM/A zu unterstützen. Der Konflikt konnte sich nicht zuletzt aufgrund der anhaltenden Waffenlieferungen an die Konfliktparteien durch verschiedene Akteure aus politischen und finanziellen Interessen ausweiten. Nachdem Präsident Bashir die Macht 1989 übernommen hatte, wurden nicht arabisch sprechende Bevölkerungsgruppen entwaffnet, während

Betroffene Bevölkerung mit 1. Jänner 2005 (Schätzung)



Quelle: Darfur Humanitarian Profile No.10, UNO, 1.1.2005

die loyalen Kräfte ihre Waffen behalten konnten.

Als ein Vordringen der SPLM/A aus dem Südsudan in die Region Darfur 1991 gestoppt werden konnte, war es eine dieser regierungstreuen Gruppen, die versuchte, aus der Situation Kapital zu schlagen. Ein alter Konflikt um Landrechte und Wasser sollte mit Waffengewalt gelöst werden. Angehörige der Völker der Fur, Zaghawa und Massalit wurden daraufhin attackiert. Im Rahmen dieser Angriffe wurden bis zu 600 Dörfer zerstört und 3.000 Menschen getötet. Die Regierung ließ diese „Arabische Allianz“ gewähren und unterstützte sie weiterhin, um andere ethnische Gruppen in Schach zu halten.

Die „heiße“ Phase des Konfliktes

Ab Februar 2003 trat der Konflikt in eine „heiße“ Phase. Spätestens seit diesem Zeitpunkt wurde die sudanesischen Provinz Darfur auch der internationalen Öffentlichkeit ein Begriff. Die angegriffenen Völker, also Fur, Massalit und Zaghawa, begannen sich zu wehren. Als Darfur Liberation Front (DLF) griffen sie militärische Einrichtungen der

Regierung ebenso an wie die Provinzstadt Al Fashir. Die DLF beklagte vor allem die ökonomische Diskriminierung und forderte von der Regierung ein Abkommen, das ihnen eine entsprechende Machtbeteiligung sichern sollte. Gleichzeitig benannte sie sich in Sudan Liberation Movement/Army (SLM/A) um. Die Ähnlichkeit der Abkürzung mit der südsudanesischen SPLM/A erscheint vor dem Hintergrund der politischen Forderungen alles andere als zufällig. Verhandlungen, die die SPLM/A über die politische Zukunft des Südsudan mit der Regierung führte, waren und sind nämlich auch das Ziel der SLM/A. Eine zweite Gruppe, Justice and Equality Movement (JEM), wurde 2002 gegründet. Zu ihrer Gründung gibt es zwei Thesen: Erstens, die JEM soll vom Nachbarland Tschad unterstützt werden und zweitens, die JEM hat Verbindungen zum islamistischen Politiker und ehemaligen Parlamentspräsidenten Hasan al Turabi. Al Turabi war der „Chefideologe“ des Regimes und maßgeblich für die Islamisierungsbestrebungen verantwortlich, bis er seinen Posten 1999 durch die Auflösung des Parlaments verlor. Beide Thesen haben etwas für sich und werden mit guten Argumenten untermauert. Konkrete Auswirkungen auf das Geschehen in Darfur sind aber nicht erkennbar. Vielmehr unterstützte die JEM die SLM/A bei einigen Angriffen auf Regierungskräfte.

Weitere Gruppen, die in Folge der relativen Erfolge von SLM/A und JEM den Anspruch erhoben, eine Widerstandsbewegung zu sein, sind entweder nur lokal bedeutend oder versuchen, als Trittbrettfahrer in Verhandlungen mit der Regierung eintreten zu können. Für Khartum wiederum könnten sich Abspaltungen aber als günstig erweisen. Die Strategie, eine geschlossene Gruppe in mehrere kleinere aufzuspalten, hatte im Nord-

Die Janjaweed – Mythos und Realität

Die Janjaweed sind primär arabisch sprechende Nomaden, die neben den „afrikanischen“ Bodenbauern in Darfur leben. (Die Terminologie Arabisch bzw. Afrikanisch ist aufgrund der komplexen ethnohistorischen Situation in Darfur irreführend, wird aber der Einfachheit halber beibehalten.) Die Janjaweed genannten Gruppen werden meist als fremd gesteuerte Kräfte betrachtet. Im Hintergrund ihrer Aktivitäten steht demnach die Regierung in Khartum, die lokale Milizen für ihre Zwecke benutzt. Eigeninteressen werden ihnen de facto damit abgesprochen.

Von der sesshaften Bevölkerung in Darfur wird Janjaweed als Synonym für Räuber verwendet, da sie für Rinderdiebstahl bekannt waren. Allerdings ist das nur eine Auslegung dieses Wortes. Janjaweed kann viele Bedeutungen haben. „Janjaweed bedeutet verschiedene Dinge für verschiedene

Personen. Wir müssen spezifisch definieren, was wir genau meinen, Banditen, ethnische Milizen oder Elemente der Popular Defence Force“ (William Patey, britischer Botschafter im Sudan)

Die Militarisierung der Janjaweed begann verschiedenen Quellen zufolge, nachdem SLM/A und JEM ihren Aufstand gegen die Regierung in Khartum begonnen hatten.

Sowohl Opfer als auch internationale Beobachter machen die berittenen Janjaweed für Übergriffe auf die Bevölkerung verantwortlich. Sie werden als gut ausgerüstete Kräfte beschrieben, die von der sudanesischen Regierung offen rekrutiert und unterstützt werden. Laut Human Rights Watch soll Männern, die ein Pferd besitzen, ein Gewehr sowie 116 US-\$ im Monat versprochen worden sein, wenn sie den Janjaweed beitreten.

Süd-Konflikt zumindest eine gewisse Zeit Erfolg und könnte daher auch in Darfur zweckmäßig sein. So könnte beispielsweise die Zentralregierung durch Gespräche mit kleineren Gruppierungen Verhandlungs- und damit Friedenswillen demonstrieren; ein Umstand, der von der internationalen Gemeinschaft honoriert werden könnte.

Aber nicht alle paramilitärischen Gruppen sehen in der Regierung ein Feindbild. So kämpfen die Janjaweed auf Seiten der Regierung und werden von dieser unterstützt. Sie sollen für die Massenflucht, Vergewaltigungen und andere Gräueltaten verantwortlich sein. Allerdings ist nicht ganz klar, wer als Janjaweed zu bezeichnen ist. Im Selbstverständnis der so bezeichneten Personen ist dieser Ausdruck eine Beleidigung. Sie sehen sich vielmehr als Rebellen, die für die Rechte ihrer Bevölkerungsgruppe kämpfen und die arabisch sprechenden Völker repräsentieren.

Friedensverhandlungen bislang ergebnislos

Mehrere Staaten sowie auch die Afrikanische Union (AU) haben Versuche unternommen, den Konflikt auf dem Verhandlungsweg beizulegen. Bisher waren die Gespräche zwischen Regierung und den einzelnen Gruppen aber immer ergebnislos abgebrochen worden.

Am 21. Dezember 2004 endete die vierte Runde der Inter-Sudanesischen Friedensgespräche zu Darfur zwischen der Regierung des Sudan, der JEM sowie der SLM/A abermals ergebnislos. Die AU konnte lediglich erreichen, dass die Konfliktparteien erklärten, das Waffenstillstandsabkommen vom 8. April 2004 einzuhalten und eine friedliche Lösung des Konfliktes anzustreben. Seither haben keine weiteren Friedensgespräche stattgefunden. SLM/A und JEM haben in einer gemeinsamen Erklärung im März 2005 der Regierung Bedingungen für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen gestellt. „Kriegsverbrecher“ müssten demnach verfolgt und bestraft werden, da Gerechtigkeit eine Vorbedingung für Frieden in Darfur sei. Zusätzlich forderten sie den Abzug der Beobachter der AU, denen sie Parteilichkeit vorwerfen. Ginge es nach den Wünschen von JEM und SLM/A, dann sollten die UNO, die EU und der Nachbarstaat Eritrea die Überwachungsaufgaben durchführen. Diese Bedingungen werden allerdings nur schwer zu erfüllen sein. Die Regierung in Khartum befindet sich mit Eritrea seit Jahren in einem „Krieg der Worte“ und bezichtigt Asmara der Unterstützung sudanesischer Rebellengruppen.

Die AU wird zwar weiterhin versuchen, die Konfliktparteien zu Verhandlungen zu bewegen, mit substantiellen Friedensgesprächen ist allerdings vorerst nicht zu rechnen.

Internationales Konfliktmanagement

Neben politischen Bemühungen, die Konfliktparteien zu Verhandlungen zu bewegen, haben sowohl Afrikanische Union als auch die Vereinten Nationen militärische Missionen im Sudan eingesetzt oder bereiten diese vor. Während die AU bereits seit Monaten mehr oder weniger erfolgreich versucht, der Gewalt in Darfur Einhalt zu gebieten, hat der UNO-Sicherheitsrat am 24. März 2005 eine Resolution zum Sudan verabschiedet. Die Resolution 1590 (2005), mit der die United Nations Mission in Sudan (UNMIS) geschaffen wurde, bildet den rechtlichen Rahmen für den Einsatz von UNO-Soldaten, allerdings nur im Südsudan.

Der Sicherheitsrat konnte sich erst nach mehrwöchigen intensiven Verhandlungen auf eine Resolution einigen und damit die Entsendung von Peacekeeping-Soldaten ermöglichen. Divergierende politische und wirtschaftliche Interessen der Mitglieder des Sicherheitsrates verhinderten allerdings eine Einigung, die ein Mandat für den gesamten Sudan ermöglicht hätte. Die Formel zur Lösung dieser komplexen Situation präsentierten schließlich die USA: Nicht eine Resolution, sondern mehrere spezifische Resolutionen sollten den Erfolg bringen. Unstrittige Fragen, wie eben eine Peacekeeping-Mission im Südsudan, konnten somit in einen Text gegossen und verabschiedet werden. Die umstrittenen Fragen können somit in den kommenden Wochen diskutiert werden, um eine für alle Mitglieder des Sicherheitsrates akzeptable Lösung zu finden.

»Das ist die schlimmste humanitäre Krise der Welt und ich verstehe nicht, warum die Welt nicht mehr dagegen unternimmt.«

Mukesh Kapila, Humanitärer Koordinator der UNO im Sudan

Das UNO-Mandat nach Kapitel VII der Charter der Vereinten Nationen wurde für vorerst sechs Monate erteilt und sieht neben Überwachung und Verifikation des Friedensabkommens auch Unterstützung bei der Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration der bisherigen Kämpfer vor. Bis zu 10.000 Soldaten, 715 zivile Polizisten sowie eine angemessene Anzahl ziviler Spezialisten (1.018 Personen internationales Personal, 2.623 nationales Personal sowie 214 freiwillige UNO-Mitarbeiter) werden bei UNMIS ihren Dienst versehen. Die Afrikanische Union hat im Rahmen von African Union Mission in Sudan (AMIS) etwa 3.000 Soldaten als Peacekeeper in Darfur stationiert. Für ein Gebiet von der Größe Frankreichs sind sie jedoch nur der sprichwörtliche

Aus Copyright Gründen sind Fotos nur in der Hardcopy verfügbar

Tropfen auf den heißen Stein. Deshalb hat die AU im März 2005 begonnen, eine Verdoppelung der Mission auf ca. 6.000 Mann zu beraten. Damit wird der Wille afrikanischer Staaten, friedenserhaltende Einsätze am eigenen Kontinent mit eigenen Kräften zu bestreiten, eindrucksvoll unterstrichen. Allerdings sind die meisten afrikanischen Staaten nicht in der Lage, Peacekeeping Missionen auch zu finanzieren. So belaufen sich die Kosten der gegenwärtigen Mission im Sudan auf ca. 222 Millionen US-\$ pro Jahr, die hauptsächlich durch einen Friedensförderungsfonds (Peace Facility) der Europäischen Union (EU) finanziert werden. Aber nicht nur bei der Finanzierung der Mission benötigt die AU Hilfe. Auch die logistischen Voraussetzungen fehlen weitgehend. Viele afrikanische Staaten können ihre Soldaten ohne internationale Unterstützung nicht in die Krisenräume verlegen. Auf diese Unzulänglichkeiten wurde jedoch von manchen westlichen Staaten bereits reagiert. In der ersten Phase von AMIS etwa unterstützten mehrere nicht afrikanische Staaten die AU und stellten Transportflugzeuge zur Verlegung von Soldaten und Material zur Verfügung. Diese finanziellen und logistischen Maßnahmen werden aufrecht bleiben, um afrikanische Lösungen für afrikanische Konflikte zu fördern. In den Nubabergen (siehe Karte auf Seite 2), einem zwischen Nord- und Südsudan umstrittenen Gebiet,

wird seit Jänner 2002 eine etwas andere Form des internationalen Konfliktmanagements betrieben. Nachdem sich die Konfliktparteien auf ein Waffenstillstandsabkommen geeinigt hatten, schufen sie gemeinsam mit einer Gruppe einzelner Staaten, den Freunden der Nuba Berge (Friends of the Nuba Mountains) Mechanismen zur Konfliktlösung. Im Vordergrund steht dabei, dass die ehemaligen Konfliktparteien Sicherheitsprobleme gemeinsam lösen müssen. Diese Zusammenarbeit soll das gegenseitige Vertrauen fördern und über die Dauer der Mission hinaus gewaltfreie Lösungen von Auseinandersetzungen ermöglichen. Die Mission erfolgt unter Kapitel VI der UNO-Charter, ist also unbewaffnet und von der Zustimmung der Streitparteien abhängig. Da seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens die Kampfhandlungen eingestellt sind, gilt die Mission als sehr erfolgreich.

Die Europäische Union leistet mit der finanziellen Unterstützung von AMIS einen wertvollen Beitrag zum Internationalen Konfliktmanagement im Sudan und wird ihre finanzielle Hilfe weiter aufrechterhalten. Mit einer eigenständigen EU-Mission im Sudan ist jedoch derzeit nicht zu rechnen. Vielmehr werden einzelne Mitgliedstaaten der EU ihren Beitrag auf nationaler Basis im Rahmen der UNO leisten. Österreich will sich mit bis zu fünf Angehörigen des Bundesheeres an UNMIS beteiligen.

Deutschland hat angekündigt bis zu 45 Militärbeobachter und neun weitere Offiziere in die Stäbe der UNO-Mission zu entsenden. Aber auch andere EU-Mitgliedstaaten wie Dänemark, Finnland, Griechenland, Ungarn, Italien, Polen, Spanien, Schweden und das Vereinigte Königreich werden Soldaten für UNMIS zur Verfügung stellen.

Zwischen Krieg ...

In Darfur bleibt die Situation weiterhin dramatisch. Bisherige Lösungsansätze und Friedensgespräche hatten praktisch keine Auswirkungen. Aufgrund der Vielschichtigkeit des Konfliktes erscheinen einfache Lösungen nicht erwartbar. Für die betroffenen Menschen in der Region bedeutet das weiterhin Gewalt, Flucht und Vertreibung.

Auch im Nordosten des Landes ist die Regierung mit Widerstand konfrontiert. Seit den 60er Jahren kämpft das Volk der Beja gegen seine Marginalisierung. Obwohl die New Sudan Brigade als Teil der SPLM/A gemäß dem Friedensabkommen in den Süden zurückverlegt werden muss, bleiben der Beja Congress sowie die Free Lions mit der Unterstützung Eritreas aktiv. Andere Völker könnten künftig ebenfalls gewaltsam versuchen, auf ihre missliebige Situation aufmerksam zu machen.

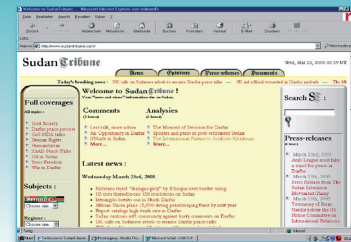
... und Frieden?

Der Friedensvertrag zwischen der Regierung und der SPLM/A ist ein sehr ermutigendes Signal, aber Frieden bedeutet er noch lange nicht. Allerdings könnte mit internationaler Unterstützung einer der längsten Konflikte der Welt nachhaltig beendet werden. Obwohl es auf diesem Weg sicherlich auch Rückschläge geben wird, ist die Grundstimmung positiv. Vor übertriebenem Optimismus muss allerdings gewarnt werden. Denn ein Konflikt, der beinahe 50 Jahre gedauert hat, kann nicht innerhalb einiger Monate, vermutlich sogar Jahre endgültig beigelegt werden.

Positiv ist das Engagement der Afrikanischen Union zu bewerten. Mit internationaler Unterstützung kann sie als Regionalorganisation zum Krisenmanagement im eigenen Vertragsgebiet wesentlich beitragen. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Umsetzung des Prinzips der afrikanischen Verantwortung in afrikanischen Konflikten.

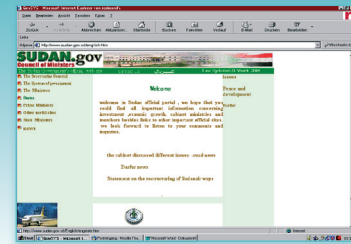
INTERNET-LINKS:

Sudan Tribune



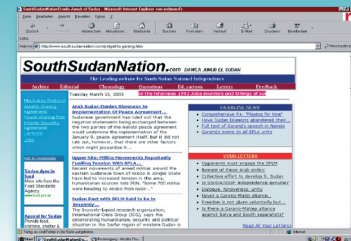
www.sudantribune.com

Homepage der Regierung



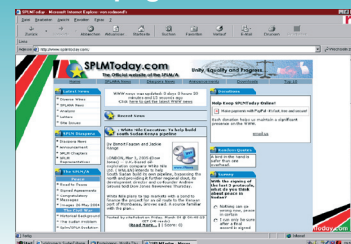
www.sudan.gov.sd

Südsudanische Infoseite



www.southsudannation.com

Homepage der SPLM/A



www.splmtoday.com



Die Erstausgabe von **IFK aktuell** (I/03) beleuchtete die militärspezifischen Aspekte des US-Armeeinsatzes ("Operation Iraqi Freedom") im Irak und analysierte die Perspektiven und Entwicklungsoptionen für Demokratie und Frieden im Zweistromland.



Der Wahlerfolg der Nationalisten in **Serbien** verdeutlichte, dass der Friedensprozess am Westbalkan noch nicht abgeschlossen ist. Aus diesem Anlass analysierte der Balkan-Experte **Predrag Jurekovic** (IFK) die sicherheitspolitische Lage der Balkanländer.



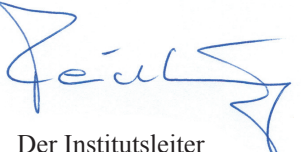
Von der Welt kaum beachtet wütet bereits seit 1999 der zweite Krieg in der russischen Republik **Tschetschenien**. Nach dem tödlichen Attentat auf Präsident Kadyrow ist ein Friede vermutlich ferner denn je.

Geschätzte Leserin, geschätzter Leser!

Diese Broschüre stellt einen Beitrag zur Information der österreichischen Gesellschaft über sicherheitspolitische Entwicklungen dar. **IFK aktuell** folgt damit der Empfehlung der Österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, die Bevölkerung umfassend und laufend über die Sicherheitslage im In- und Ausland zu informieren.

IFK aktuell zielt darauf ab, die Lücke zwischen dem Erfahrungsaustausch im kleinen Expertenkreis und der täglichen Berichterstattung in den Medien zu schließen. Sie wird von den Forschern des Institutes für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) der Landesverteidigungsakademie (LVak/BMLV) erstellt. Die Analysen erscheinen in unregelmäßigen Abständen und beleuchten aktuelle internationale Krisen und Konflikte. Die Inhalte von IFK aktuell finden Sie auch auf der Homepage des BMLV unter:

www.bmlv.gv.at/organisation/beitraege/lvak/ifk/ifk.shtml


Der Institutsleiter
Dr. Walter FEICHTINGER
Brigadier

Inhaltsverzeichnis

SUDAN – Zwischen Krieg und Frieden	Seite 1
Frieden, wo und für wen?	Seite 1
Die Wahrnehmung der Konflikte im Westen	Seite 1
Sudan - Land von Gegensätzen und Spannung	Seite 2
Der Nord-Süd-Konflikt	Seite 3
Sudan unter ägyptischer und britischer Herrschaft	Seite 3
Der Kampf um Einfluss und Unabhängigkeit	Seite 3
Der Weg zum Frieden	Seite 4
Der Friedensvertrag als Anfang eines vereinten Sudan?	Seite 5
Konfliktpotential innerhalb des Südsudan	Seite 5
Die Tragödie in Darfur	Seite 6
Bereits 180.000 Tote durch Krankheit und Hunger	Seite 6
Die Hintergründe und Wurzeln des Konfliktes	Seite 7
Streit um Land als Auslöser der Kämpfe	Seite 7
Historische Aspekte und Nachwirkungen	Seite 7
Die nicht Arabisch sprechende Bevölkerung fühlt sich diskriminiert	Seite 8
Der Konflikt beginnt zu eskalieren	Seite 8
Die „heiße“ Phase des Konfliktes	Seite 9
Friedensverhandlungen bislang ergebnislos	Seite 10
Internationales Konfliktmanagement	Seite 10
Zwischen Krieg ...	Seite 12
... und Frieden?	Seite 12

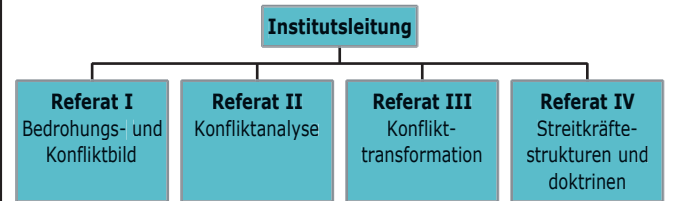
Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement

Wer sind wir?

Das **Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK)** wurde 1999 gegründet. Es ist eine Forschungsabteilung der Landesverteidigungsakademie (LVak) des österreichischen Bundesheeres. Die drei Kernaufgaben des Institutes sind:

- Beiträge zur Politikberatung,
- Forschung und Lehre,
- Öffentlichkeitsarbeit.

Referate im Überblick:



Bedrohungs- und Konfliktbild: Dieses Referat befasst sich mit der Erforschung aktueller und erwartbarer Phänomene aktueller und künftiger bewaffneter Konflikt. Nach den Ereignissen vom 11. September 2001 stellen der internationale Terrorismus und dessen Bekämpfung ein zentrales Forschungsgebiet dar.

Konfliktanalyse: Der Forschungsschwerpunkt in diesem Referat liegt im Vergleich bewaffneter Konflikte und deren Ursachen. Die Akteure, ihre Zielsetzungen, Interessen, Strategien und Mittel stehen im Zentrum der Betrachtung.

Konflikttransformation: Dieses Referat beschäftigt sich mit den Theorien und der Auswertung praktischer Erfahrungen zu Früherkennung, Prävention, Steuerung, Beendigung und Nachbereitung von Konflikten. Besondere Berücksichtigung findet die Rolle von Streitkräften bei der Bewältigung der verschiedenen Konfliktphasen.

Streitkräftestrukturen und – Doktrinen: In diesem Referat werden Anforderungsprofile und Konzepte analysiert, die Streitkräfte zu friedenssichernden Einsätzen befähigen sollen. Erfahrungen aus früheren Missionen und erwartbare Konfliktbilder stellen dafür die Basis dar.

Was bieten wir?

Publikationen (Auszug)

- Through Economy to Democracy and Security? An Integrated Approach to Stability in South East Europe.
- Afrika im Blickfeld: Kriege – Kriege – Perspektiven
- Kurdische Unabhängigkeitsbestrebungen und die irakische Verfassung
- Irak 2003 – Aspekte eines Umbruchs
- From Peace Making to Self Sustaining Peace – International Presence in South East Europe at a Crossroads
- Irak unter Sadam Hussein
- Russland – eine Großmacht?
- Kolumbien zwischen Krieg und Frieden
- 10 Jahre Kriegsverbrechertribunal ICTY
- Ein Jahr „Krieg gegen den Terror“ in Afghanistan
- Crushing Crime in South-East Europe:
A Struggle of Domestic, Regional and European Dimensions
- Die NATO und Russland zw. Kooperation und Konfrontation
- Friede im 21. Jahrhundert – eine entwicklungspolitische Herausforderung?
- Security Sector Governance in Southern Caucasus – Challenges and Visions
- Österreichs Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin und der Nationale Sicherheitsrat
- Geopolitische Veränderungen auf dem „eurasischen Schachbrett“:
Russland, Zentralasien und die USA nach dem 11. September 2001
- Humanitäre militärische Intervention zwischen Legalität und Legitimität
- Parameter bewaffneter Konflikte
- Konfliktentwicklung auf dem West-Balkan
- Die Konfliktentwicklung auf dem südlichen Balkan I + II

IFK aktuell: Informationsbroschüre, welche Krisen und Konflikte beleuchtet, die auch Österreich treffen könnten

Impressum

Eigentümer, Verleger und Hersteller:

LANDESVERTEIDIGUNGS-AKADEMIE
Bundesministerium für Landesverteidigung
AG Stiftgasse 2a, 1070 Wien
Tel. +43-1-5200-40700

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:

Brigadier Dr. Walter Feichtinger



Gestaltung & Layout:

Medienstelle der LVak, Wien
Rekr Phillip Schönholz
Rekr Etienne Berchtold

Herstellung:

Vzlt Johann Jakob
Medienstelle/Akademiedruckerei LVak, Wien
Nachdruck genehmigt; Bilder urheberrechtlich geschützt

E-Mail: lvak.ifk@bmlv.gv.at

www.bmlv.gv.at/organisation/beitraege/lvak/ifk/ifk.shtml